

## Bezirksparteitag am 17. März 2018 in Bielefeld

### Antragsbuch

<b>Thema / Titel</b>	<b>Antragssteller</b>	<b>Seite</b>
Für eine verantwortungsvolle Gesellschaft: Erste-Hilfe-Kurse an Schulen einführen	Junge Liberale OWL	<b>2</b>
Impfquoten erhöhen	Dr. Knopf / KV Höxter	<b>3</b>
Organversorgung sicherstellen – Organspenden neu denken	Junge Liberale OWL	<b>5</b>
FDP Ostwestfalen-Lippe für Widerspruchsregelung bei Organspenden	Dr. Knopf / KV Höxter	<b>7</b>
Eigenverantwortung stärken – gegen eine Europäische Einlagensicherung	Bezirksvorstand	<b>9</b>
FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die Rückkehr zur verbindlichen Schulempfehlung – Aufstieg ist besser als Abstieg“	Dr. Knopf / KV Höxter	<b>10</b>
Künstlersozialkasse reformieren – Bürokratie abbauen und Rechtssicherheit herstellen	KV Bielefeld	<b>11</b>
Sportarten der Zukunft fördern – eSports als Sportart anerkennen	Junge Liberale OWL	<b>13</b>

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 2

ANTRAG NR.

---

## Zeile

**Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

1

2 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

3

4 **Für eine verantwortungsvolle Gesellschaft: Erste-Hilfe-Kurse an Schulen einführen**

5 Jedes Jahr sterben in Deutschland ca. 10.000 Menschen, weil sie am Unfallort keine ausrei-  
6 chende erste Hilfe erhalten haben. Gründe dafür sind das mangelnde Wissen vieler Bürger  
7 über lebensrettende Maßnahmen und eine zu große Hemmschwelle. Auch wenn eine Mehr-  
8 heit der volljährigen Deutschen einen Führerschein vorweisen kann und in diesem Zuge ei-  
9 nen Kurs zu lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort besucht hat, so kommen diese  
10 nur selten zur Anwendung. Infolgedessen vergessen die meisten, wie sie Verunfallten Hilfe  
11 leisten können. Dieser Sachverhalt ist jedoch mit dem liberalen Menschenbild des verantwor-  
12 tungsvollen Bürgers unvereinbar. Deshalb fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe, dass...

13 – Erste-Hilfe-Kurse fester Bestandteil der Curricula sämtlicher Schulen in Deutschland wer-  
14 den.

15 – die Teilnahme der Schüler an den Erste-Hilfe-Kursen verpflichtend ist.

16 – die im Rahmen der Erste-Hilfe-Kurse vermittelten Fähigkeiten mehrmals im Jahr in prakti-  
17 schen Übungen trainiert werden.

18 – in den Erste-Hilfe- Kursen nicht nur das Wissen zur Hilfe Verunfallter, sondern auch die  
19 nötige Zivilcourage, die im Ernstfall nötig ist, um in Notfallsituationen zu helfen, vermittelt  
20 wird.

21 – ein Bewusstsein für die Relevanz Erster-Hilfe-Kenntnisse in der Gesellschaft geschaffen  
22 wird.

**Begründung:**

*erfolgt mündlich*

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 3

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Dr. H.-Jürgen Knopf für den KV Höxter**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Impfquoten erhöhen**

6

7 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert Initiative zur Erhöhung der Impfquoten.

8

9 **Begründung:**

10 Im April 2017 beschloss der FDP-Bundesparteitag eine allgemeine Impfpflicht für Kinder bis  
11 9 Jahre. Hintergrund war die zunehmende Zahl teilweise massiver Masernausbrüche. 2017  
12 wurden in Nordrhein-Westfalen mit rund 520 Masernfälle die meisten Fälle seit 2006 (1.750  
13 Fälle) registriert, das waren mehr als die Hälfte der bundesweiten Erkrankungen (> 900 Fäl-  
14 le). Zur Vermeidung von Masern-Infektionen empfiehlt die Ständige Impfkommission die ers-  
15 te Masern-Impfung für Kinder im Alter von 11 – 14 Monaten und die zweite für den Altersbe-  
16 reich 15 – 23 Monate. Die Nachholung der Impfung mit zwei Dosen wird bis zum 18. Lebens-  
17 jahr empfohlen.

18 Obwohl die Masern immer wieder auftreten, ist die Impfbereitschaft landesweit nicht ausrei-  
19 chend. Nur 84,32 Prozent der Kinder in Nordrhein-Westfalen haben nach dem ersten Le-  
20 bensjahr die empfohlene Erstimpfung erhalten. Damit ist nach aktuellen Zahlen des Versor-  
21 gungsatlas des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung mehr als jedes sechste  
22 Kind nicht gegen die gefährliche Infektionskrankheit geimpft. Bei der zweiten Masernimpfung  
23 sinkt die Quote auf nur noch 66,67 Prozent. Um die Masern auszurotten, empfehlen Exper-  
24 ten eine Impfquote von mindestens 95 Prozent.

25 Als weiteres Problem fand sich 2017 eine massive Erhöhung von Rotaviren-Infektionen in  
26 OWL, häufigste Ursache schwerer Durchfälle und Übelkeit bei Kindern. Im Vergleich 2016 zu  
27 2017 stieg die Zahl der Infektionen um 91% (513 → 979 Fälle). Am günstigsten war die Situ-  
28 ation im Kreis Paderborn mit + 3% (113 → 116 Fälle), am ungünstigsten im Kreis Herford  
29 mit + 210% (40 → 124 Fälle). Empfohlen wird vom Robert-Koch Institut eine Schluckimpfung  
30 bis zum 6. Lebensmonat. Zahlen zu Impfquoten liegen nicht vor.

31

32 Das Ziel muss ein Anstieg der Impfquoten sein, um insbesondere gefährliche Infektions-  
33 krankheiten wie Masern und Röteln auszurotten. Dies würde eine relevante Verbesserung

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 4

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 des Gesundheitsschutzes bedeuten. Entsprechend dem >Nationalen Aktionsplan 2015–2020  
2 zur Elimination der Masern und Röteln in Deutschland< steht die Aufklärung und Information  
3 der Bevölkerung im Zentrum der Bemühungen. Hierzu zählen u. a. die Steigerung des Wis-  
4 sens und der Akzeptanz hinsichtlich der Impfungen sowie die Intensivierung nationaler oder  
5 regionaler Aktivitäten zur Förderung der Bekanntheit der Masern-/ Röteln-Impfempfehlungen  
6 und zum Abbau von Impfhindernissen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Entwicklung von  
7 Kommunikationsstrategien zur Begegnung mit Personen mit Impfbedenken. Aufklärungs-  
8 kampagnen müssen auf die Bedenken von Eltern zu Impf-Komplikationen intensiv eingehen.  
9 In der öffentlichen Diskussion müssen aber auch die katastrophalen Folgen von z. B. Maser-  
10 nerkrankungen wie Infektionen verschiedener Organe bis hin zu u. U. tödlichen verlaufenden  
11 Entzündungen des Gehirns eingehen. Ziel von Impfkampagnen sollte sein, von der Notwen-  
12 digkeit von Impfungen zu überzeugen. Sie dienen nicht nur dem Schutz der eigenen Kinder,  
13 sondern auch anderer, noch nicht geimpfter oder gefährdeter Personen. In diesem Sinne  
14 sollten sich auch Erwachsene um ihren Impfschutz kümmern. Weitere wichtige Bausteine  
15 sind Erinnerungssysteme, die 2016 eingeführte verpflichtende Impfberatung vor dem Besuch  
16 einer Kindertagesstätte und die Impfstatuskontrolle bei den regelmäßigen Vorsorgeuntersu-  
17 chungen.

18 Die FDP Ostwestfalen-Lippe wird in den Kreisen und der Stadt Bielefeld Kontakt zu den Ge-  
19 sundheitsämtern und Ärzten aufnehmen, die lokale Situation analysieren und, falls erforder-  
20 lich, durch Anträge in den Fachausschüssen und Kreistagen für Initiativen zur Verbesserung  
21 der Impfquoten eintreten.

22 Eine Impfpflicht zur Verbesserung von Impfquoten sollte an letzter Stelle stehen.

23

24 ***Weitere Begründung erfolgt mündlich.***

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 5

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

### **Organversorgung sicherstellen – Organspenden neu denken**

4

5 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert eine Änderung des Transplantationsgesetzes. Diese  
6 Änderung soll eine erweiterte Widerspruchslösung bei der Organspende einführen. Konkret  
7 spricht sich die FDP Ostwestfalen-Lippe für folgende Lösung aus: Jede Person in Deutsch-  
8 land ist standardmäßig Organspender. Es steht jedem frei, zu Lebzeiten der Organspende  
9 zu widersprechen.

10 Es wird ein Widerspruchsregister eingeführt, in dem Widersprüche gespeichert werden. Es  
11 muss sichergestellt werden, dass nur Transplantationskliniken Zugriff auf dieses Register  
12 haben. Trotzdem wird der Organspendeausweis beibehalten. Sollte der Widersprechende  
13 nicht wollen, in einem Register aufgeführt zu werden, kann er auf seinem Organspendeaus-  
14 weis eintragen, dass ihm keine Organe entnommen werden sollen. Sollte die Identität der  
15 betreffenden Person nicht festgestellt werden können und wird kein Organspendeausweis  
16 gefunden, wird davon ausgegangen, dass er widersprochen hat. Es muss möglich sein, ei-  
17 nen Organspendeausweis online zu beantragen und online seine Widerspruchserklärung  
18 abzugeben.

19 Es ergeben sich also folgende Fälle:

20 1. Die Person hat keinen Ausweis und hat nicht explizit widersprochen. In diesem Fall kön-  
21 nen Angehörige der Organentnahme widersprechen. Sollten keine Angehörigen aufzufinden  
22 sein oder treffen sie keine Aussage, kommt die Person als Spender in Frage.

23 2. Die Person hat explizit widersprochen oder hat einen Ausweis auf dem vermerkt ist, dass  
24 keine Organe entnommen werden dürfen. In diesem Fall wird der Wunsch der Person res-  
25 pektiert und es werden ihm keine Organe entnommen. Angehörige haben kein Mitsprache-  
26 recht.

27 3. Die Person hat einen Ausweis auf dem vermerkt ist, dass Organe entnommen werden  
28 können. Auch hier wird der Wunsch der Person respektiert und er kommt als Spender in  
29 Frage. Angehörige haben kein Mitspracherecht.

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 6

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 4. Die Identität der Person kann nicht festgestellt werden und hat keinen Ausweis. Dann wird  
2 ein Widerspruch angenommen.

3

4 Jeder Bürger muss wiederholt auf diesen Sachverhalt hingewiesen werden. Das Bürgerbüro  
5 muss bei jeder Aushändigung des Personalausweises und sonstiger Ausweisdokumente  
6 einen Informationsflyer mitaushändigen, dem ein Organspendeausweis beiliegt. Zudem  
7 müssen die Krankenkassen jedem Bürger zum 18. Geburtstag und in regelmäßigen Abstän-  
8 den ebenfalls einen Informationsflyer mit einem Organspendeausweis zusenden.

9

10 Außerdem spricht sich die FDP Ostwestfalen-Lippe für die Forschung an dem Prozess der  
11 transgenen Xenotransplantation aus. Sie erkennen die ethischen Bedenken hinsichtlich die-  
12 ses Prozesses an, da für diesen Tiere gezüchtet, genetisch modifiziert und Organe einer  
13 Spezies in eine andere transplantiert werden müssen. Allerdings überwiegen für sie die Vor-  
14 teile im Ergebnis die Nachteile und sie fordern die Ethikräte auf, diese Projekte nicht zu blo-  
15 ckieren. Sobald Xenotransplantationen gesundheitlich unbedenklich sind, sollten sie wie ge-  
16 wöhnliche Organtransplantationsoptionen behandelt werden. Die FDP Ostwestfalen-Lippe ist  
17 auch offen für andere wissenschaftliche Lösungsansätze und will sich der Forschung in die-  
18 ser Hinsicht nicht in den Weg stellen. Dazu gehört unter anderem auch die Forschung an der  
19 Züchtung von isolierten menschlichen Organen, die zur Transplantation genutzt werden kön-  
20 nen. Auch diesen Lösungsansatz begrüßt die FDP Ostwestfalen-Lippe und spricht sich für  
21 eine intensive Beforschung und Nutzung dieser Methode unter dem Vorbehalt ausreichender  
22 medizinischer Sicherheit aus.

23

24 **Begründung:**

25 *erfolgt mündlich*

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 7

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Dr. H.-Jürgen Knopf für den KV Höxter**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **FDP Ostwestfalen-Lippe für Widerspruchsregelung bei Organspenden**

6

7 Mit nur 9,7 postmortalen Organspenden/Million Einwohner belegt Deutschland im Vergleich  
8 der Mitgliedsländer von Eurotransplant die Schlussposition. International rangiert Deutsch-  
9 land auf Platz 30 hinter dem Iran und vor Rumänien. Bundesweit wurden 2017 gerade ein-  
10 mal 797 Organspenden durchgeführt, das ist die niedrigste Anzahl seit 20 Jahren.

11 Die Zahlen überraschen eigentlich, denn eine bundesweite Repräsentativbefragung der  
12 Bundesanstalt für gesundheitliche Aufklärung hatte Mitte 2017 ergeben, dass 58 Prozent der  
13 Befragten sich für Organ- und Gewebespenden entschieden hätten. Nach dieser Umfrage  
14 stehen 81 Prozent der Bevölkerung der Organ- und Gewebespende positiv gegenüber.

15 Wo liegt das Problem? In Deutschland wird seit fünf Jahren die sogenannte **Entscheidungs-**  
16 **lösung** praktiziert. Hierbei muss man sich aktiv für die Organspende aussprechen. Weltweit  
17 bedient sich nur Deutschland dieser Variante. Als Alternative kommt die **Widerspruchslö-**  
18 **sung** in Frage, auf die ein Großteil der westeuropäischen Länder schon lange setzt. Das  
19 Prinzip der Widerspruchslösung ist einfach: Jeder Erwachsene wird angeschrieben, be-  
20 kommt Informationsmaterial und wird nach seiner Entscheidung gefragt. Wer nicht antwortet,  
21 gilt als Organspender. Dieser Status kann jederzeit geändert werden. Ein großer Vorteil der  
22 Widerspruchslösung ist, dass den Angehörigen die Entscheidungslast genommen wird, was  
23 der Verstorbene selbst gewollt hätte. Gleichwohl werden auch bei der Widerspruchslösung  
24 nicht automatisch Organe entnommen.

25 Durch den Mangel an Spenderorganen weist Deutschland lange Wartezeiten für Empfänger  
26 auf, was sich negativ auf Transplantate auswirken kann. Die fünfjährige Überlebensrate einer  
27 z. B. transplantierten Niere in Deutschland ist sieben Prozent schlechter als im internationa-  
28 len Mittel. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Ergebnisse von Nierentransplantationen  
29 umso schlechter werden, je länger der Patient an der Dialyse hängt.

30 Da man sich bei der Widerspruchsregelung aktiv gegen eine Organspende aussprechen  
31 muss, schafft diese Variante klare Verhältnisse, denn jeder Erwachsene muss sich auf der  
32 Basis der vorliegenden Informationen mit der Frage auseinandersetzen, ob man Organspen-  
33 der sein will oder nicht.

**Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe  
am 17.03.2018 in Bielefeld**

Seite 8

ANTRAG NR.

---

**Zeile**

- 1 **Begründung:**
- 2 *erfolgt mündlich*



# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 9

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Eigenverantwortung stärken – gegen eine Europäische Einlagensicherung**

6

7 Die Freien Demokraten lehnen die geplante „Europäische Einlagensicherung“ (European Deposit  
8 Insurance Scheme – EDIS) ab. Ihre Realisierung würde die Bankenrisiken im Euro-Raum weiter ver-  
9 gemeinschaften und dazu führen, dass Sparguthaben u.a. von Volksbanken und Sparkassen in Ost-  
10 westfalen-Lippe für die Rettung von Banken und deren Einleger in anderen Euro-Staaten herangezo-  
11 gen werden können.

12

13 Haftung und Verantwortungsübernahme müssen dort wahrgenommen werden, wo sie entstanden  
14 sind: in den Banken selbst, bei den Eigentümern und den Gläubigern.

15

16 **Begründung:**

17 Bislang gilt in der EU, dass Kundeneinlagen bei Banken mit einem Betrag von 100.000 Euro  
18 bei der Insolvenz geschützt sind. Hierfür müssen die Banken im jeweiligen Mitgliedsstaat der  
19 EU gemeinsam Vorsorge leisten.

20

21 In Deutschland haben Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen seit vielen Jahren  
22 zusätzlich die Institutssicherung geschaffen, die zum Ziel hat, insolvente Sparkassen und  
23 Volksbanken durch die gesamte Institutsgruppe zu retten.

24

25 Im Oktober 2017 hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, eine Europäische Einla-  
26 gensicherung zu schaffen, welche einer sukzessiven Zwangsvereinigung der nationalen Ein-  
27 lagensicherungssysteme zum Ziel hat.

28

29 Dieser Vorschlag würde nicht nur das bewährte System der Institutssicherung in Deutsch-  
30 land zerstören, sondern auch die Möglichkeit schaffen, dass deutsche Sparer für Banken-  
31 schieflagen in Südeuropa herangezogen werden können.

32

33 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 10

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Dr. H.-Jürgen Knopf für den KV Höxter**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die Rückkehr zur verbindlichen Schulempfehlung –**  
6 **Aufstieg ist besser als Abstieg“**

7

8 Die von der nordrhein-westfälischen FDP-Bildungsministerin Yvonne Gebauer diskutierte  
9 mögliche Rückkehr zur verbindlichen Schulempfehlung für Viertklässler für weiterbildende  
10 Schulen wird von der FDP Ostwestfalen-Lippe ausdrücklich gefordert. Bislang ist noch keine  
11 Entscheidung getroffen worden. Im Rahmen des »Masterplans« zur Reform der Grundschu-  
12 len kommen aber auch Schulempfehlungen auf den Prüfstand. Der »Masterplan« soll dieses  
13 Jahr vorgelegt werden.

14 Nach Antritt der CDU/FDP-Regierung 2006 wurde die Verbindlichkeit des Grundschulgutach-  
15 tens erhöht. Die Zahl der Abbrecher am Gymnasium sank danach zwischen 2007 und 2011  
16 von 3360 auf knapp 2190 Schülerinnen und Schüler. Nachdem die rot-grüne Landesregie-  
17 rung 2011 das verbindliche Grundschulgutachten wieder abschaffte, stieg die Zahl der Schü-  
18 ler, die das Gymnasium zum Ende der Erprobungsstufe nach der sechsten Klasse verlassen  
19 mussten, zwischen 2011 und 2016 von knapp 2190 auf 2770.

20

21 Diese gegenläufigen Entwicklungen zeigen offensichtlich die Wirkung einer realistischen  
22 Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Viertklässler durch Lehrerinnen und Lehrer. Die  
23 Vermeidung von Schulabbrüchen durch Überforderung der Kinder sollte im Interesse der  
24 Eltern und Kinder liegen, denn solche „Abstiegs“-Erfahrungen demotivieren die Kinder und  
25 beeinflussen möglicherweise die gesamte weitere Schullaufbahn negativ. **Die verbindliche**  
26 **Schulempfehlung ist keine Entscheidung gegen die Eltern, sondern für die Schülerin-**  
27 **nen und Schüler.**

28 Der Tatsache, dass sich Kinder im Schulalter sehr unterschiedlich entwickeln können, muss  
29 durch eine hohe Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen begegnet werden. Bei  
30 entsprechenden Leistungssteigerungen sollten deshalb „Aufstiege“ schnell und unbürokra-  
31 tisch ermöglicht werden.

32

33 **Begründung:** *erfolgt mündlich*

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 11

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: KV Bielefeld**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Künstlersozialkasse reformieren – Bürokratie abbauen und Rechtssicherheit herstel-**  
6 **len**

7

8 Kultur braucht freischaffende Künstlerinnen und Künstler, für die in Deutschland die Künst-  
9 lersozialkasse eine soziale Absicherung bietet. Die Bielefelder FDP setzt sich für einen Fort-  
10 bestand dieser Einrichtung ein, fordert aber Veränderungen:

11

12 Die Beitragserhebung muss für die auftragnehmenden Unternehmen rechtssicher und deut-  
13 lich einfacher als bislang sein. So sollten die Dienstleister, deren Leistungen beitragspflichtig  
14 sind, zumindest darauf hinweisen müssen. Da dies nur einen kleinen Teil der Unternehmen  
15 betrifft, ist deren Informierung zur Künstlersozialabgabe deutlich effizienter zu leisten, als die  
16 Gesamtheit aller Unternehmen hierzu zu bewegen.

17 Angesichts der hohen Bürokratiekosten sollte parallel zu den Vereinfachungen die Abschaf-  
18 fung der Künstlersozialabgabe durch die komplette Übernahme der Kosten der Künstlersozi-  
19 alkasse durch den Bund verfolgt werden.

20

21 **Begründung:**

22 Die Erhebung von Beiträgen durch die Künstlersozialkasse ist ein weltweiter Sonderfall der  
23 sozialen Absicherung. Ob und wieviel Beiträge abzuführen sind, muss jedes Unternehmen,  
24 das im weitesten Sinne kreative Leistungen in Anspruch genommen hat, selbst einschätzen.  
25 Diese Beitragsermittlung wird bei jedem Unternehmen in Deutschland im Rahmen von Ren-  
26 tenprüfungen untersucht. Dies bewirkt ein bedeutendes Maß an Bürokratie und sorgt für  
27 Rechtsunsicherheit vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen. So hat der Bund der  
28 Steuerzahler, der gemeinsam mit verschiedenen Wirtschaftsverbänden auf die Problematik  
29 in diesem Bereich immer wieder hinweist, eine Verfassungsklage gegen die Form der Bei-  
30 tragserhebung angestrengt und seine Klage durch ein Gutachten untermauert. Gegen die  
31 derzeitige Form der Beitragserhebung spricht u.a.:

32 Die Begriffe „selbstständiger Künstler und Publizist“ sind nicht genau definiert. Beispielswei-  
33 se urteilen einige Richter, dass ein Webdesigner, der mit dem Aufbau und Pflege einer

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 12

ANTRAG NR.

---

## Zeile

- 1 Homepage beauftragt wurde, dieser Gruppe zuzuordnen ist. Andere Richter sehen das et-  
2 was differenzierter. Es besteht erhebliche Rechtsunsicherheit.
- 3 Die Abgabe ist auch zu leisten, wenn der Leistungserbringer gar nicht in den Genuss der  
4 Leistungen der Künstlersozialkasse kommt. Die Abgabe hat daher den Charakter einer Ext-  
5 ra-Steuer auf Kreativleistungen.
- 6 Der Unternehmer müsste ständig die laufende Rechtsprechung der Sozialgerichte verfolgen,  
7 um festzustellen, wann er die KSA abführen müsste und wann nicht. Ohne einen Experten  
8 können Unternehmer daher gar nicht entscheiden, ob sie die Abgabe leisten müssen oder  
9 nicht. Das heißt, die Ermittlung der KSA ist eine sehr kostspielige und zeitraubende Angele-  
10 genheit.
- 11 Die intensivere Prüfung der Betriebe führt, laut Schätzungen der Rentenversicherung, zu  
12 Mehrkosten in Höhe von 50 Millionen Euro (die Bundesregierung schätzt nur 12,3 Millionen  
13 Euro). Demgegenüber stehen lediglich geplante Mehreinnahmen von 32 Millionen Euro.  
14 (Quelle: Bund der Steuerzahler). Die KSK muss für die Kosten der Rentenversicherung nicht  
15 aufkommen, erhält im Gegenzug jedoch die kompletten Mehreinnahmen. Die Kosten der  
16 Betriebe sind hierbei nicht berücksichtigt.
- 17 Die Künstlersozialabgabe ist auch fällig, wenn der Leistungserbringer gar nicht in der Künst-  
18 lersozialkasse abgabepflichtig ist. Dies vergrößert die Rechtsunsicherheit und führt z.B. bei  
19 Beschäftigung ausländischer Kreativer zu Wettbewerbsverzerrungen.

## Weitere Informationen:

<http://www.kuenstlersozialkasse.de/unternehmen-und-verwerter/kuenstlersozialabgabe.html>

[https://www.deutsche-rentenversiche-rung.de/Allgemein/de/Navigation/3\\_Infos\\_fuer\\_Experten/02\\_ArbeitgeberUndSteuerberater/03\\_kuenstlersozialabgabe/pruefung\\_der\\_kuenstlersozialabgabe\\_node.html](https://www.deutsche-rentenversiche-rung.de/Allgemein/de/Navigation/3_Infos_fuer_Experten/02_ArbeitgeberUndSteuerberater/03_kuenstlersozialabgabe/pruefung_der_kuenstlersozialabgabe_node.html)

<https://www.steuerzahler.de/Kuenstlersozialabgabe-sinkt/78563c89975i1p529/index.html>

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 17.03.2018 in Bielefeld

Seite 13

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

2

3 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

4

**Sportarten der Zukunft fördern – eSports als Sportart anerkennen**

5

6 Die FDP Ostwestfalen-Lippe spricht sich dafür aus, dass eSports als Sportart durch den  
7 DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) anerkannt wird.

8

9 **Begründung:**

10 Die Anerkennung von eSports als Sportart auf der ganzen Welt steigt. In Schweden, Russ-  
11 land, Südkorea, Großbritannien und Brasilien ist eSports bereits als Sport anerkannt. Gerade  
12 in Südkorea steht eSports dem "normalen" Sport gleich. eSportler haben dort ein genauso  
13 hohes, wenn nicht höheres, Ansehen wie hier Profifußballer. Dadurch werden durch eSports-  
14 Events häufig ganze Stadien gefüllt, zusätzlich zu den Online-Zuschauern. Die League-of-  
15 Legends-Weltmeisterschaft 2015 hatte insgesamt 36 Millionen Zuschauer, im Gegensatz  
16 dazu hat die Fußball-Weltmeisterschaft 2014 insgesamt 3,4 Millionen Zuschauer. Das macht  
17 eSports zu einem nicht zu vernachlässigendem Wirtschaftszweig. Wenn Deutschland im  
18 internationalen Vergleich mithalten möchte, muss die Akzeptanz für eSports gesteigert wer-  
19 den und die Vereine müssen genauso wie Fußballvereine gefördert werden. Es gibt bereits  
20 eSports Abteilungen von großen Fußballvereinen, wie zum Beispiel von Bayern München.

21 Durch die Aufnahme im DOSB wird der Weg für Deutschland geebnet auch auf internationa-  
22 len Veranstaltungen konkurrieren zu können. Auch wird es dadurch wahrscheinlicher, dass  
23 es mehr internationale Events in Deutschland gibt. Das liegt daran, dass Athleten leichter ein  
24 Visum bekommen um ihren Sport hier auszuüben.

25 Die DOSB erklärt die Nichtaufnahme von eSportsvereinen damit, dass dem eSport motori-  
26 sche Aktivität fehle und die "Einhaltung ethischer Werte" und bestimmte Verbandsstrukturen  
27 Voraussetzungen sind, die bei eSports fehlen. Diese Begründungen sind reine Auslegungs-  
28 sache und treffen auch auf andere Sportarten zu. So ist Schach oder Schießsport auch vom  
29 DOSB anerkannt, obwohl sie nach den oben genannten Kriterien auch nicht anerkannt wer-  
30 den dürften. Außerdem bedarf es bei der Bewegung der Hände und Finger einer großen  
31 Präzision, was für die Anwesenheit von hoher motorischer Aktivität bei eSports spricht.